

7 Finanzen und Beteiligungen

Im Folgenden sind die Schlüsselmaßnahmen im Handlungsfeld »Finanzen und Beteiligungen« dargestellt. Die farblichen Darstellungen in der Tabellenspalte „Leitbildbereich“ markieren die Relevanz der Schlüsselmaßnahme für die Entwicklung der Leitbildungsbereiche wie folgt:

- █ Leitbildungsbereich »Wirtschaft – Bildung – Gesundheit«
- █ Leitbildungsbereich »Kultur – Natur – Tourismus«
- █ Leitbildungsbereich »Miteinander – Leben – Wohnen«
- █ Leitbildungsbereich »Zentrum – Region – Dienstleistungen«

Nr.	Maßnahmetitel	Leitbildungsbereich
A) Allgemeine Schlüsselmaßnahmen		
7-01	Funktions- und aufgabengerechte Finanzierung der zentralörtlichen bzw. regionalen Aufgaben	█ █ █
-02	Weitere Flexibilisierung der Förderverfahren: Subsidiaritätsprinzip	█ █ █
7-03	Konkretisierung und Nachweisführung der Überführung von Fachministerien-Mittel (insb. deutliche Erhöhung der pauschalen Zuweisungen des Landes im investiven Bereich)	█ █ █
7-04	Überprüfung der Bedarfsansätze für kreisfreie Städte	█ █ █
7-05	Sachgerechte Finanzierung der Sozial- und Jugendhilfekosten	█ █ █
B) Gesamtstadtbezogene Schlüsselmaßnahmen mit regionalem / oberzentralem Bezug		
-	-	-
C) Standortbezogene Schlüsselmaßnahmen		
-	-	-

Maßnahmetitel	Funktions- und aufgabengerechte Finanzierung der zentralörtlichen bzw. regionalen Aufgaben							7-01					
Handlungsfelder	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft und Arbeitsmarkt	<input type="checkbox"/> Stadtentwicklung und Wohnen	<input checked="" type="checkbox"/> Verkehr und Technische Infrastruktur	<input checked="" type="checkbox"/> Bildung und Soziales	<input checked="" type="checkbox"/> Kultur und Tourismus, Sport und Freizeit	<input type="checkbox"/> Natur und Umwelt	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzen und Beteiligungen	<input type="checkbox"/> Bürgerkommune und Stadtmarketing					
Leitbildbereich	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft – Bildung – Gesundheit			<input type="checkbox"/> Kultur – Natur – Tourismus		<input type="checkbox"/> Miteinander – Leben – Wohnen		<input checked="" type="checkbox"/> Zentrum – Region – Dienstleistungen					
Maßnahmeverbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> Den Städten und Gemeinden mangelt es aufgrund verfassungsrechtlicher Defizite an einer angemessenen Finanzausstattung. Viele Dienst- und Sozialleistungen und umfangreiche Infrastruktureinrichtungen sind von den Kommunen nach Bundes- und Landesrecht ohne oder ohne ausreichende Kostenerstattung zu finanzieren. Der demografische Wandel lässt eine Verschärfung finanzwirtschaftlicher Fehlentwicklungen selbst dann befürchten, wenn sich die derzeitigen Anzeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung bestätigen sollte. Die Städte werden ihren Ressourcenverbrauch in Anlehnung an die Grundsätze des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens ermitteln (Doppik). Das Land ist gehalten, die Aufgabenkosten nach den Grundsätzen des strikten Konnexitätsprinzips zu organisieren. Den künftigen Aufgaben der Städte, der interkommunalen Kooperation ist großer Aufmerksamkeit zu widmen. Mit Blick auf ein neues (künftiges) Leitbild für Berlin-Brandenburg ist daher zu fordern: <ul style="list-style-type: none"> - die vorhandenen Stadtverwaltungen als örtliche Ansprechpartner zu stärken - den Verwaltungen der Städte, Gemeinden und Ämter weitere substantielle Sachentscheidungskompetenzen zu übertragen - leistungsfähige Körperschaften gewährleisten Dienstleistungen für die Umlandgemeinden - Entwicklung demographischer Lösungsansätze - Bürokratieabbau Zur Sicherung (Finanzierung) der derzeitigen und künftigen Aufgaben ist das Konnexitätsprinzip weiterzuentwickeln. 												
Entwicklungsziele	<ul style="list-style-type: none"> Auswirkungen auf alle Entwicklungsziele 												
Bezug zu anderen Schlüsselmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> Auswirkungen diverse andere Schlüsselmaßnahmen 												
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> SEHR HOCH			<input type="checkbox"/> HOCH			<input type="checkbox"/> MITTEL						
Zeithorizont													
Umsetzungsstand													
Akteure													
Wirkungseinschätzung (Indikatoren)													

Stand: 25. Oktober 2006

Maßnahmetitel	Weitere Flexibilisierung der Förderverfahren: Subsidiaritätsprinzip								7-02						
Handlungsfelder	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft und Arbeitsmarkt	<input checked="" type="checkbox"/> Stadtentwicklung und Wohnen	<input checked="" type="checkbox"/> Verkehr und Technische Infrastruktur	<input checked="" type="checkbox"/> Bildung und Soziales	<input checked="" type="checkbox"/> Kultur und Tourismus, Sport und Freizeit	<input type="checkbox"/> Natur und Umwelt	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzen und Beteiligungen	<input type="checkbox"/> Bürgerkommune und Stadtmarketing							
	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft – Bildung – Gesundheit		<input type="checkbox"/> Kultur – Natur – Tourismus		<input type="checkbox"/> Miteinander – Leben – Wohnen		<input checked="" type="checkbox"/> Zentrum – Region – Dienstleistungen								
Maßnahmebeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> Maßnahme ist im engen Zusammenhang mit der Reduzierung der Zweckzuweisungen des Landes zu Gunsten der pauschalen Zuweisungen zu sehen. Die kommunale Selbstverwaltung sowie das Setzen von Prioritäten für die Entwicklungsschwerpunkt ist durch die kreisfreien Städte in eigener Verantwortung erforderlich. 														
Entwicklungsziele	<ul style="list-style-type: none"> Weitgehend alle Entwicklungsziele sind davon betroffen. 														
Bezug zu anderen Schlüsselmaßnahmen															
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> SEHR HOCH			<input type="checkbox"/> HOCH			<input type="checkbox"/> MITTEL								
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> kurzfristig 														
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> Einflussnahme der Politik auf das Finanzausgleichsgesetz 														
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> Land Brandenburg 														
Wirkungseinschätzung (Indikatoren)															

Stand: 25. Oktober 2006

Maßnahmetitel	Konkretisierung und Nachweisführung der Überführung von Fachministerien-Mittel (insb. deutliche Erhöhung der pauschalen Zuweisungen des Landes im investiven Bereich)							7-03						
Handlungsfelder	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft und Arbeitsmarkt	<input checked="" type="checkbox"/> Stadtentwicklung und Wohnen	<input checked="" type="checkbox"/> Verkehr und Technische Infrastruktur	<input type="checkbox"/> Bildung und Soziales	<input checked="" type="checkbox"/> Kultur und Tourismus, Sport und Freizeit	<input checked="" type="checkbox"/> Natur und Umwelt	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzen und Beteiligungen	<input type="checkbox"/> Bürgerkommune und Stadtmarketing						
Leitbildbereich	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft – Bildung – Gesundheit	<input checked="" type="checkbox"/> Kultur – Natur – Tourismus	<input type="checkbox"/> Miteinander – Leben – Wohnen	<input checked="" type="checkbox"/> Zentrum – Region – Dienstleistungen										
Maßnahmeverbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> Die kommunale Selbstverwaltung sowie die eigenverantwortliche Festlegung von Entwicklungsschwerpunkten ist durch den gegenwärtigen Stand der Zweckzuweisungen des Landes für die kreisfreien Städte nicht gegeben. Der Bürokratieaufwand ist sehr aufgebläht. Der Anteil der pauschalen Zuweisungen des Landes ist zu Lasten der Zweckzuweisungen deutlich zu erhöhen. 													
Entwicklungsziele	<ul style="list-style-type: none"> Festlegung von Prioritäten im Investitionsprogramm Reduzierung der Verschuldung 													
Bezug zu anderen Schlüsselmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> Alle anderen Schlüsselmaßnahmen werden davon berührt 													
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> SEHR HOCH		<input type="checkbox"/> HOCH		<input type="checkbox"/> MITTEL									
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> kurzfristig 													
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> Einflussnahme der Politik auf das Finanzausgleichsgesetz 													
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> Land Brandenburg 													
Wirkungseinschätzung (Indikatoren)														

Stand: 25. Oktober 2006

Maßnahmetitel	Überprüfung der Bedarfsansätze für kreisfreie Städte								7-04								
Handlungsfelder	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft und Arbeitsmarkt	<input checked="" type="checkbox"/> Stadtentwicklung und Wohnen	<input checked="" type="checkbox"/> Verkehr und Technische Infrastruktur	<input checked="" type="checkbox"/> Bildung und Soziales	<input type="checkbox"/> Kultur und Tourismus, Sport und Freizeit	<input type="checkbox"/> Natur und Umwelt	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzen und Beteiligungen	<input type="checkbox"/> Bürgerkommune und Stadtmarketing									
Leitbildbereich	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft – Bildung – Gesundheit		<input type="checkbox"/> Kultur – Natur – Tourismus		<input type="checkbox"/> Miteinander – Leben – Wohnen		<input checked="" type="checkbox"/> Zentrum – Region – Dienstleistungen										
Maßnahmeverbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> Alles in allem haben sich die Einnahmen der brandenburgischen Gemeinden, insbesondere der kreisfreien Städte deutlich schlechter als im ostdeutschen Durchschnitt entwickelt. Trotz gesunkenener Ausgaben waren die Defizite der brandenburgischen Kommunen höher als im ostdeutschen Durchschnitt. In den vergangenen Jahren haben sich Landeshaushalt und kommunale Haushalte nicht gleichmäßig entwickelt. Der Symmetrieanpruch wurde nicht gewährleistet! 																
Entwicklungsziele	<ul style="list-style-type: none"> Eine grundlegende Voraussetzung zur Absicherung aller anderen Entwicklungsziele 																
Bezug zu anderen Schlüsselmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> Alle anderen Schlüsselmaßnahmen werden direkt und indirekt berührt 																
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> SEHR HOCH			<input type="checkbox"/> HOCH			<input type="checkbox"/> MITTEL										
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> kurzfristig und rückwirkend 																
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> Einflussnahme der Politik auf die inhaltliche Gestaltung des Finanzausgleichsgesetzes 2007 mit den Schwerpunkten: Finanzielle Nachsteuerung der bisher unterfinanziert gebliebenen Vorjahre Strikte und überprüfbare Einhaltung der Konnexität durch Bund und Land Differenzierte Ausgestaltung der Hauptansatzstaffel unter besonderer Berücksichtigung des Finanzbedarfs der kreisfreien Städte Entwicklung eines Demokratieansatzes Festlegung einer Ausgleichsquote, die die signifikanten Entwicklungsunterschiede zwischen dem engeren Entwicklungsräum und dem äußeren Entwicklungsräum berücksichtigt Finanzwirtschaftliche Perspektiven der kreisfreien Städte, die aus der wirtschaftlichen Entwicklung der Region Berlin – Brandenburg und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abzuleiten sind 																
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> Land / Bund Städte- und Gemeindebund ARGE REZ 																
Wirkungseinschätzung (Indikatoren)																	

Maßnahmetitel	Sachgerechte Finanzierung der Sozial- und Jugendhilfekosten								7-05						
Handlungsfelder	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft und Arbeitsmarkt	<input type="checkbox"/> Stadtentwicklung und Wohnen	<input type="checkbox"/> Verkehr und Technische Infrastruktur	<input checked="" type="checkbox"/> Bildung und Soziales	<input type="checkbox"/> Kultur und Tourismus, Sport und Freizeit	<input type="checkbox"/> Natur und Umwelt	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzen und Beteiligungen	<input type="checkbox"/> Bürgerkommune und Stadtmarketing							
Leitbildbereich	<input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft – Bildung – Gesundheit		<input type="checkbox"/> Kultur – Natur – Tourismus		<input type="checkbox"/> Miteinander – Leben – Wohnen		<input checked="" type="checkbox"/> Zentrum – Region – Dienstleistungen								
Maßnahmeverbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> Würdigung und Sicherstellung der besonderen Aufgaben und damit verbundenen Lasten eines Oberzentrums im Sozial- und Jugendbereich auch in Verbindung mit aktuellen Gesetzesnovellen Sicherstellung einer einrichtungs- und fallbezogenen Finanzierung über die Finanzierung auf Basis der Einwohnerschüttel hinaus, zur dauerhaften Gewährleistung der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel bzw. zur Reduzierung der besonderen strukturbedingten Lasten 														
Entwicklungsziele	<ul style="list-style-type: none"> Umfassende und kompetente Bereitstellung von Leistungen Finanziellen Rahmen absichern Optimale Infrastrukturnetze in der Region Bündelung von Angeboten und Infrastrukturen Gemeinsam getragene Angebote Gebündelte Funktionen für Region 														
Bezug zu anderen Schlüsselmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> Funktions- und aufgabengerechte Finanzierung der zentralörtlichen bzw. regionalen Aufgaben Intensivierung Familienbildung – frühkindliche Chancenförderung 														
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> SEHR HOCH			<input type="checkbox"/> HOCH			<input type="checkbox"/> MITTEL								
Zeithorizont	<ul style="list-style-type: none"> kurzfristig 														
Umsetzungsstand	<ul style="list-style-type: none"> Finanzausgleich erfolgt bisher unter ungenügender Berücksichtigung besonderer Lasten Aktuelle Gesetzesnovellen (z. B. AGSGB XII) beinhalten weitere Belastungen der Oberzentren 														
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> Stadt Brandenburg an der Havel sowie alle weiteren kreisfreien Städte bzw. Oberzentren Land Brandenburg Bund Städte- und Gemeindebund des Landes Brandenburg 														
Wirkungseinschätzung (Indikatoren)	<ul style="list-style-type: none"> Indikatoren für eine sachgerechte Finanzierung <ul style="list-style-type: none"> - Strukturdaten der Stadt Brandenburg an der Havel - Bestand Einrichtungen, Fallzahlen, Hilfequoten, Betreuungsquoten, Aufgabenspektrum Indikatoren für die Wirkung einer sachgerechten Finanzierung <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung des Zuschusses im Bereich Jugend- und Soziales - Herstellung interkommunaler Vergleiche - Ausgestaltung freiwilliger Aufgaben sowie Nutzung von Ermessensspielräumen im pflichtigen Bereich - Entwicklung von Qualitätsindikatoren 														